

Beschlussvorlage für den FDP- Landesvorstand

Aufarbeiten und nach vorne schauen: FDP unterstützt parlamentarischen Untersuchungsausschuss für den Elbtower.

Tarnen, Täuschen, Tricksen! Die Liste der Ungereimtheiten im Zusammenhang mit dem Elbtower ist lang: Angefangen bei der Intransparenz beim Verkauf des Grundstücks, den vermeintlichen Trickereien bei der Erfüllung der Vermietungsquote, den Millionenaufwendungen für Berater, bis hin zur einsamen Entscheidung des damaligen Bürgermeisters, der ungeachtet eindringlicher Warnungen eine Allianz mit dem schillernden Geschäftsmann und Gründer der Signa Holding einging.

Viele Fragen bleiben offen.

Selbst nach vier Monaten Baustillstand erreichen uns fast täglich neue Details. Der Stadt droht dabei ein erheblicher finanzieller Schaden zu entstehen. Jeder Tag, an dem die Baustelle stillsteht, verursacht hohe Kosten.

Um das Vertrauen in die Politik nicht weiter zu gefährden und weitere Schäden für die Stadt abzuwenden, ist eine umfassende Aufklärung der Zusammenhänge unerlässlich.

Hierfür stellt ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss ein wirksames Instrument dar.

Eine ausführliche Aufarbeitung entbindet Peter Tschentscher jedoch nicht von der Pflicht, schnellstmöglich eine tragfähige Lösung für die Bauruine am Eingang der Stadt zu finden. Der Senat muss vor die Lage kommen, um im Falle einer Rückübertragung sofort handlungsfähig zu sein. Nur so kann für diesen Fall verhindert werden, dass weitere Zeit

verstreicht, die Kosten steigen und die Bauruine zum neuen Symbol für die Stadtentwicklungspolitik in unserer Stadt wird.

Der Senat muss seine passive Rolle bei der Suche nach einer Lösung aufgeben und die Bereitschaft zeigen, durch Führung ein städtebauliches Fiasko abzuwenden.

Vor diesem Hintergrund beschließt der Landesvorstand:

- Wir fordern die Einsetzung eines städtischen Konsortiums von Experten zur Erarbeitung eines „Zukunftskonzepts Elbtower“, um im Fall einer Rückübertragung schnell handlungsfähig zu sein und zusätzliche Schäden für die Stadt abzuwenden.
- Stadtentwicklungspolitik ist kein Monopoly. Wenn Ungereimtheiten und Intransparenz darüber bestehen, wie der Senat mit dem Grund und Boden Hamburgs und dem Geld der Bürgerinnen und Bürger agiert, muss dies aufgeklärt werden. Wir unterstützen daher die Aufarbeitung der Vorkommnisse rund um den Elbtower mithilfe eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Die Fakten müssen auf Tisch, um Transparenz herzustellen. Nur mit einer detaillierten Aufarbeitung kann Hamburg für zukünftige Großprojekte Lehren ziehen.
- Ohne Entscheidungsgrundlagen wird eine Neuausrichtung nicht möglich sein. Deshalb fordern wir, dass der Erste Bürgermeister alle Handlungsoptionen der Stadt prüfen lässt und diese der Bürgerschaft in den jeweilig zuständigen Gremien vorlegt. Dazu zählt u.a. eine gründliche Prüfung einer Neuausschreibung zu veränderten Bedingungen, sowie im schlimmsten Fall die Kosten und Folgen eines Rückbaus.